Charlotte Neuhäuser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Charlotte Neuhäuser, MdB, Platz der Republik 1, 111011 Berlin

Bundespräsident Steinmeier
Spreeweg 1
10557 Berlin

Berlin, 11.06.2026

Charlotte Neuhäuser, MdB

Bundestagsabgeordnete der Fraktion
Die Linke im Bundestag

Sprecherin für globale Gerechtigkeit

Parlamentsbüro
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +4930 227-70737

Wahlkreisbüro
Ledeburstr. 30
33102 Paderborn
Telefon: +495251-2978744

Ihre Reise nach Indonesien und Philippinen (14.-16. Juni 2026)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

auf Ihrer Reise in die Republik Indonesien und in die Republik der Philippinen vertreten Sie Interessen und Werte der Bundesrepublik Deutschland. Wie wir dem Reiseprogramm entnehmen, treffen Sie in beiden Ländern die Regierungschefs, Unternehmen mit deutscher Beteiligung, religiöse Führer, eine Friedensnobelpreisträgerin, jedoch keine Menschen, die Ihnen als direkt Betroffene berichten, was für zerstörerische Auswirkungen deutsche Investitionen sowie Wirtschafts- Handels- und Rohstoffbeziehungen auf ihre Dörfer, Gemeinschaften, Natur und Lebensgrundlagen haben.

In Indonesien und Philippinen werden zunehmend Rohstoffe abgebaut und nach Deutschland exportiert, die für die notwendige Abkehr der deutschen Gesellschaft von fossilen Energien gebraucht werden. Vor Ort führt das zu teilweise eklatanten Verletzungen von Menschenrechten und Umweltschutz. UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat eindrücklich darauf hingewiesen, dass Klimaschutz niemals zu Lasten globaler Gerechtigkeit gehen darf: *„Wenn wir neu gestalten, wie wir unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften mit Energie versorgen, dürfen wir eine schmutzige, ausbeuterische, extraktive Industrie nicht durch eine andere schmutzige, ausbeuterische, extraktive Industrie ersetzen. Das Rennen zu Netto-Null darf die Armen nicht überrollen.“*

Im Vorfeld Ihrer Reise nach Indonesien und auf die Philippinen wenden wir uns daher an Sie persönlich. Um Ihnen mitzuteilen, was indonesische und philippinische Menschenrechtsaktivist:innen, Umweltschützer:innen, Ökonom:innen, Vertreter:innen indigener Gemeinschaften, Politiker:innen, Gewerkschafter:innen,

Nichtregierungsorganisationen der Zivilgesellschaft an uns herangetragen haben:

Die Region des Indo-Pazifiks ist für die Bundesrepublik von strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Strategisch in Beziehung zur VR China, wirtschaftlich als wachsender Markt, aber auch als Lieferant von mineralischen Rohstoffen kommen Indonesien und den Philippinen eine enorme Bedeutung zu. Die Verhandlungen der EU mit Indonesien sind bereits abgeschlossen. Die Verhandlungen mit den Philippinen sollen noch in diesem Jahr folgen. In beiden Abkommen scheint der Zugang zu Rohstoffen zentral. Rohstoffe, die für die Dekarbonisierung in Europa unabdingbar erscheinen. Und doch dürfen wir bei aller Notwendigkeit diese Partnerschaften nicht auf Rohstoffe, Markterschließung und geopolitische Konkurrenz reduzieren. So drohen das Recht auf selbstbestimmte Entwicklung und die politischen Handlungsspielräume Indonesiens und der Philippinen den Interessen deutscher und europäischer Industrien untergeordnet zu werden. Wo Handels- und Rohstoffpolitik vor allem den Bedürfnissen europäischer Industrien folgt, drohen Umweltzerstörung, Repression gegen betroffene Gemeinschaften und der Verlust von Selbstbestimmung. Abhängigkeit und Ausbeutung statt Augenhöhe.

Trotz mangelhafter Menschenrechtslage will die Europäische Union das Freihandelsabkommen mit den Philippinen schnellstmöglich abschließen. Die Verhandlungen wurden im Jahr 2024 erneut aufgenommen - sieben Jahre zuvor hatte man die Gespräche wegen wachsender menschenrechtlicher Bedenken eingestellt. Zentrale Missstände wie mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen bestehen jedoch fort. Die scheinbare Notwendigkeit der Diversifizierung von Rohstoffquellen für die deutsche Industrie lässt Menschenrechte in den Hintergrund treten. Die wachsende Nachfrage aus Europa nach mineralischen Rohstoffen für die sozial-ökologische Transformation geht schon jetzt in den Philippinen auf Kosten von Umwelt und Lebensgrundlagen. Ein Freihandelsabkommen beschränkt die Entwicklungspfade, die Philippinen werden zum Rohstofflieferanten degradiert. Gleichzeitig liegen viele Vorkommen auf den Gebieten indigener Völker, für sie hat der Bergbau häufig existentielle Konsequenzen. Umweltaktivist:innen, indigenen Gemeinschaften, philippinische Abgeordnete und Gewerkschaften äußern erhebliche Kritik und fordern eine Aussetzung des Abkommens, bis es messbare Fortschritte gibt bei den Rechten von Arbeiter:innen und dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen.

In Indonesien verdichten sich die Widersprüche zwischen deutschen Ansprüchen und den Folgen der deutschen Rohstoffstrategie aufs Neue. Das Handelsabkommen zwischen Indonesien und der EU ist von struktureller Asymmetrie und kolonialer Kontinuität geprägt. Deutsche und europäische Interessen dürfen einer selbstbestimmten industriellen Entwicklung Indonesiens nicht entgegenstehen. Echte Partnerschaft muss beides miteinander verbinden. Von den aktuellen Konditionen des Abkommens profitiert lediglich eine kleine Elite - auf beiden Seiten. Verschmutzte Meere und Flüsse, bedrohte Korallenriffe, sinkende Fischbestände, Vertreibung und Entwaldung, das sind die konkreten Folgen unserer sog. Grünen Transformation, die auf den Zugriff auf Rohstoffe wie Nickel aus Indonesien baut. Angehörige der Hongana Manyawa beschrieben uns, wie ihre Gemeinschaften zerstört werden. Ihre Sorge ist, dass sich Vertreibung und Zerstörung mit dem Freihandelsabkommen weiter verschärfen. Während Technokrat:innen in den Hauptstädten über Abkommen entscheiden, werden die Stimmen von Arbeiter:innen, Bäuer:innen und indigenen Gemeinschaften ignoriert. Abkommen, die auf Kosten des Umweltschutzes gehen, Repression gegen die Zivilgesellschaft und den Verlust politischer Handlungsspielräume in Kauf nehmen, werden der Verantwortung der Bundesrepublik nicht gerecht.

Die Energiewende in Deutschland darf nicht auf dem Rücken der Menschen des Globalen Südens umgesetzt werden.

Der deutsche Rohstoffhunger darf nicht zu einem neuen, grünen Kolonialismus führen.

Darum bitten wir Sie, auf Ihrer Reise in Indonesien und Philippinen:

1. persönlich mit Betroffenen deutscher wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Indonesien und Philippinen zusammen zu kommen, diesen eine Stimme zu geben, zuzuhören;

2. sich in Gesprächen mit den politischen Führungen laut und deutlich dafür einzusetzen, dass wirtschaftliche Interessen nicht über Menschenrechte, demokratische Errungenschaften und die Rechte betroffener Gemeinschaften gehen dürfen;

3. im Austausch mit deutschen Unternehmensvertreter:innen unmissverständlich klar zu machen, dass deutsche Mindeststandards bei Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Mitbestimmung und Umweltschutz

nicht an der deutschen Grenze enden, vom Staat global eingefordert und Verstöße sanktioniert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Charlotte Neuhäuser (MdB, Sprecherin für Globale Gerechtigkeit)

Gökay Akbulut (MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss)

Katrin Fey (MdB, Sprecherin für Menschenrechte)